

Editorial

Angesichts von mehr als 50 Prozent eines Jahrgangs, die mittlerweile ein Studium beginnen, können Hochschulen nicht umhin, sich auch als Ort der (wissenschaftlichen) Berufsausbildung zu verstehen. Der Anteil von Studierenden mit beruflichen Erfahrungen ist nach wie vor sehr hoch. Studierende des zweiten und des dritten Bildungsweg nehmen auf niedrigem Niveau an Zahl zu. Innerhalb weniger Jahre hat sich z.B. die Zahl der Studierenden ohne Abitur verdoppelt.

Ein immer größer werdender Anteil von Studierenden wird nicht in Wissenschaft und Forschung beschäftigt werden, sondern in Arbeitsfeldern und Berufen außerhalb der Wissenschaft. Zugleich will auch „Wissenschaft als Beruf“ gelernt sein. Diese Anforderungen sind durch „Bologna“ verstärkt worden und fordern insbesondere die Universitäten heraus, die aufgefordert sind, den Bachelorabschluss als ersten berufsqualifizierenden Abschluss zu gestalten.

Wie bereiten Hochschulen auf diese Tätigkeiten vor? Kann es zu einer Annäherung zwischen Hochschulen und Berufsbildung kommen? Gibt es didaktische und pädagogische Konzepte, die Studierende umfassend beruflich qualifizieren? Wie können Hochschulen diesem Auftrag gerecht werden ohne die kritisch-reflexiven Anteile des Studiums zu vernachlässigen? Welche Chancen ergeben sich aus einer Berufsbildungspolitik, die berufliche Aus- und Fortbildung einerseits, Studium und wissenschaftliche Weiterbildung andererseits als zwei Teile eines politischen Konzeptes begreift? Lassen sich in den bereits eingeleiteten Maßnahmen etwa zur verbesserten Öffnung der Hochschulen Schritte für mehr Chancengleichheit erkennen oder anders herum: müssen wir nicht auch nach wie vor von einem hoch selektiven Bildungssystem ausgehen, in dem der Weg ins Studium nach wie vor sozial sehr ungleich gestaltet ist? Welche Brüche und Probleme lassen sich erkennen, die politisches Handeln unabdingbar machen? Wo gibt es Triebkräfte, die sich für mehr Chancengleichheit und Gleichwertigkeit nutzen lassen?

In dieser Online-Ausgabe von denk-doch-mal sollen verschiedene Teilaspekte der – vielleicht nur vermeintlichen - Annäherung von Beruf und Studium beleuchtet werden.

In zwei Beiträgen steht die Frage im Vordergrund, was es mit dem dualen Studium an der Schnittstelle von beruflicher Ausbildung und Studium auf sich hat. Dies ist beileibe keine neue Diskussion. Aber gerade das an der Universität Duisburg-Essen angesiedelte Forschungsprojekt zu den Entstehungsbedingungen, Interessenlagen und Umsetzungserfahrungen von dualen Studiengängen hat den Blick auf die sozialen Prozesse rund um das duale Studium gelenkt. [Sirikit Krone](#), wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut Arbeit und Qualifikation an der dortigen Hochschule, stellt in ihrem Beitrag wesentliche Ergebnisse des Projektes zur Diskussion.

Auch für die Gewerkschaften ist das duale Studium bildungspolitisch relevant. Im Rahmen ihrer Hochschulpolitik befasst sich die IG Metall mit Fragen der Gestaltung des Studiums; in den Betrieben bildet die Gestaltung der Rahmenbedingungen die größte Herausforderung. Dual Studierende sind eine wichtige Zielgruppe der Studierendenarbeit der IG Metall. In einem Interview mit [Diana Kiesecker](#), die bis zum März 2013 für die Studierendenarbeit der IG Metall verantwortlich war, wird eine Bestandsaufnahme gesucht und Perspektiven für die künftige Arbeit aufgezeigt.

02-13: Beruf und Studium

von: Dr. Bernd Kaßbaum (Kritischer Begleiter der Gewerkschaften) |
Dies ist die pdf-Fassung eines Beitrags aus der Online-Zeitschrift Denk-doch-Mal.de
Alle Texte sind urheberrechtlich geschützt.

Zwei weitere Beiträge befassen sich mit dem Komplex Hochschulzugang.

Walburga Freitag, Leiterin der Abteilung Lebenslanges Lernen im HIS-Institut für Hochschulforschung in Hannover, geht der Frage nach, was sich vier Jahre nach Inkrafttreten des Beschlusses der Kultusminister in Bezug auf erweiterte Bildungschancen sagen lässt. Dabei ist die Bilanz trotz steigender Anfängerzahlen überaus widersprüchlich. Insbesondere durch die Art der Eignungsfeststellung, durch mangelnde Transparenz in der Bestimmung der sog. affinen Studiengänge, die Lücken bei der Bestimmung gleichwertiger Qualifikationen und durch die Hochschulzulassungsregelungen, die Studierenden ohne Abitur kaum eine Chance geben, bauen sich weiterhin hohe Hürden auf.

Ulf Bancherus, Mitarbeiter in der Begleitforschung zum Projekt, und Andrä Wolter, Professor an der Humboldt – Universität in Berlin und mitverantwortlich für die Begleitforschung, setzen sich mit dem Programm der „Offenen Hochschulen“ auseinander. In dem seit 2006 von der Bundesregierung geförderten Wettbewerb „Aufstieg durch Bildung“ sollen hierbei Projekte und Konzepte an Hochschulen gefördert werden, die darauf ausgelegt sind, das Fachkräfteangebot dauerhaft zu sichern, die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung zu verbessern, neues Wissen schnell in die Praxis zu integrieren und die „internationale Wettbewerbsfähigkeit des Wissenschaftssystems“ durch Verbesserungen im Bereich des lebenslangen Lernens und beim berufsbegleitenden Studium zu steigern. Eine von mehreren Zielgruppen sind die beruflich Qualifizierten ohne Abitur. Auch hier steht eine erste Bilanz des Programmes an.

Bilden das duale Studium und der dritte Bildungsweg konkrete und eingrenzbare Felder der Hochschulpolitik, deren Wirkung allerdings von nicht wenigen als so groß eingeschätzt wird, das sie in das gesamte Hochschulsystem wirken mögen, so hat die Frage, ob Hochschulen sich nicht grundsätzlich viel stärker der beruflichen Qualifizierung der Studierenden zuwenden sollten, eine wichtige Querschnittsfunktion.

Gerade haben die Gewerkschaften in ihrem hochschulpolitischen Programm die Forderung aufgestellt, dass ein Studium sich an einer „wissenschaftlichen Berufsausbildung“ orientieren soll, indem allerdings berufliches Handeln auch in den Kontext der kritischen Reflektion gesellschaftlicher und wissenschaftlicher Prozesse gestellt wird. Jede Form von „Schmalspurstudium“ wird abgelehnt. In diesem Kontext wird die Frage, was wissenschaftliche Berufsausbildung sein könne, immer wichtiger.

Rita Meyer, Professorin an der Universität Hannover, arbeitet ihre Vorstellungen entlang des Professionsbegriffs aus. Sie diskutiert ein Konzept der Beruflichkeit, das auch von Hochschulen akzeptiert werden könnte. Herausforderung und Chance für die Entwicklung von Curricula liegen nach ihrer Auffassung in der Kombination von akademischem und Erfahrungswissen.

Klaus Heimann, d-d-m Reakteur, berichtet in seiner Reportage wie eine ehemalige Technische Zeichnerin ihren Weg als Studentin berufsbegleitend zur Diplom Ingenieurin gemacht hat.

In anderen Staaten, die kein ausgebautes System der beruflichen Aus- und Fortbildung besitzen und die einen deutlich höheren Anteil an Studierenden haben als Deutschland, bestehen oft große Probleme des Übergangs von der Hochschule in eine adäquate Beschäftigung. Da die Politik höhere Studierendenzahlen

02-13: Beruf und Studium

von: Dr. Bernd Kaßebaum (Kritischer Begleiter der Gewerkschaften) |
Dies ist die pdf-Fassung eines Beitrags aus der Online-Zeitschrift Denk-doch-Mal.de
Alle Texte sind urheberrechtlich geschützt.

zu ihrem Ziel erklärt hat und zudem immer mehr junge Menschen an die Hochschulen strömen, stellt sich auch für die deutsche Gesellschaft die Frage, wie die Schnittstelle zwischen Hochschule und Beschäftigungssystem gestaltet werden kann. Aus Sicht der Hochschule und auch als Teil der externen Qualitätssicherung kommt dabei den Verbleibsstudien eine hohe Bedeutung zu. Gerd Köhler, ehemaliges Vorstandsmitglied der GEW und aktuell im Hochschulrat der Universität Frankfurt, wird in seinem Beitrag den Stellenwert der Absolventenstudien diskutieren. Im Zentrum steht das von INCHER koordinierte „Kooperationsprojekt Absolventenstudien“ (KOAB), das den Hochschulen ein ausgereiftes Instrumentarium zur Verfügung stellt und auf der Basis von jährlich ca. 70.000 Befragungen über viel Informationen über den Berufseinstieg von AbsolventInnen verfügt.

Ein anderer Impuls kommt aus der externen Qualitätssicherung.

Bernd Kaßebaum, in der IG Metall im Bereich Bildungs- und Qualifizierungspolitik mit Fragen der Hochschulpolitik befasst, setzt sich mit der Frage auseinander, wie Beruflichkeit und Fachlichkeit stärker ins das Akkreditierungssystem integriert werden können. Einerseits ist die externe Qualitätssicherung höchst umstritten, weil sie als bürokratisches Monster gilt, andererseits wird ihr vorgeworfen, dass von ihr keine Ausstrahlung in Richtung der Verbesserung der Qualität von Studium und Lehre insbesondere auch in Bezug auf fachliche und berufliche Standards ausgehe. Die Hochschulen sind im Zuge der wiederholten Akkreditierung der Studiengänge aufgefordert, zum beruflichen Verbleib der Studierenden Stellung zu nehmen und die Erkenntnisse in die Weiterentwicklung der Studiengänge zu speisen. Hier spielen die Absolventenstudien eine Rolle. Ein zweiter Ansatz wird über das System der „Peers“ gebildet. Das ist unzureichend. Es ist notwendig, innerhalb der Akkreditierungssystems fachlich-berufliche Orientierungsrahmen zu entwickeln. Die Gewerkschaftsvertreter im Akkreditierungsrat haben gemeinsam mit den Vertretern der Arbeitgeber und den Studierenden das Thema aufgegriffen und hierzu Vorschläge in die Diskussion gebracht.